



## **ERKLÄRUNG DER KANARISCHEN INSELN**

**Parlamento de Canarias (Parlament der Kanarischen Inseln)**

**26. November 2021**

1. Die Parlamente und Versammlungen der Konferenz der Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnis der Europäischen Union (CALRE) erneuern ihre Selbstverpflichtung an die über 200 Millionen von ihnen vertretenen Bürgerinnen und Bürger in der festen Überzeugung, dass nur eine stärkere Betonung des Multilevel-Governance-Ansatzes eine spürbare Erholung von der komplizierten sozioökonomischen und gesundheitlichen Situation infolge der COVID-19-Pandemie ermöglichen kann.
2. Es ist nun ein Jahr her, dass wir erste Schritte unternahmen, um uns der größten bekannten Krise seit Kriegszeiten zu stellen. Wir taten dies in einer Situation der Ungewissheit und in verständlicher Furcht vor dem Unbekannten, aber mit der Entschlossenheit, nur gemeinsam Antworten finden zu können. Heute sehen wir, dass wir Recht behielten.
3. Wenige Tage nach der Erklärung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur weltweiten Pandemie ergriffen die Parlamente und Versammlungen der CALRE vor dem Hintergrund des Einheitsgedankens erste Maßnahmen und erinnerten an die grundlegenden Prinzipien und Werte des europäischen Projekts, das sich als hochaktuell erwiesen hat. Wir staunen über die außergewöhnliche Fähigkeit unserer Gesellschaft, über ihre Anpassung und Neuerfindung in einem Kontext, in dem auch wir, die Parlamente und Versammlungen, uns auf das neue Europa einstellen mussten, das mit rasender Geschwindigkeit aus der Pandemie hervorgegangen ist.



4. Solidarität hat sich als einzig gangbarer Weg zur Überwindung der COVID-19-Krise herauskristallisiert. Wir haben gesehen, wie die Ausbreitung des Coronavirus zur Verstärkung der Ungleichheit und zum Ausschluss der am meisten gefährdeten Gruppen – darunter Migrantinnen und Migranten sowie Frauen – beigetragen hat. Daher möchten wir als die Parlamente und Versammlungen der Europäischen Union heute unser Versprechen der uneingeschränkten Gleichstellung erneuern. Und wir tun dies in einer Woche, in der die Menschen in Städten und Dörfern weltweit in Gedenkveranstaltungen an den Internationalen Tag zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen auf die Straße gegangen sind, um ein Ende der Gewalt gegen Frauen zu fordern. Im Rahmen dieser Konferenz verurteilen wir jede Form der Gewalt gegen Frauen und bekräftigen unser Eintreten für Freiheit und Gleichheit als einzige Möglichkeit eines demokratischen Miteinanders.
  
5. Wir, die heute hier vertretenen Parlamente und Versammlungen, unterstreichen erneut unser Engagement um Einigkeit und eine koordinierte Zusammenarbeit mit den Institutionen der Union. Wir unterstützen ein stärkeres und gerechteres Europa, in dem niemand zurückgelassen wird, während wir notwendigerweise darauf hinarbeiten, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Organisationen und politische Institutionen wiederherzustellen. Hier spielen sowohl Parlamente als auch Regionalversammlungen als Bewahrer unserer gemeinsamen Werte und als Schlüsselakteure im Prozess des europäischen Aufbaus eine entscheidende Rolle.
  
6. Europa hat durch die Mobilisierung seiner Ressourcen für die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten eine gemeinsame Antwort gegeben und damit zweifellos europäische Solidarität im wahrsten Sinne



des Wortes gezeigt. Der über 800 Milliarden Euro schwere EU-Wiederaufbaufonds (NGEU) zur Behebung der unmittelbaren Pandemieschäden ist ein Zeugnis dafür.

Die Diskussion über eine Form der europäischen Solidarität, die einerseits die Mitgliedstaaten und Regionen unterstützt und andererseits ihre finanzielle Unabhängigkeit und Souveränität respektiert, muss weitergehen, um eine zukunftsfähige Einigung zu erzielen.

7. Es muss einmal mehr anerkannt werden, welche unbestreitbar wichtige Rolle der öffentliche Dienst seit dem Ausbruch der Pandemie in Europa gespielt hat. Die Bewältigung der Situation wäre ohne die öffentlichen Einrichtungen, die ihre Arbeit mit verstärkten Anstrengungen fortgesetzt und so ihre Zuverlässigkeit und Solvenz unter Beweis gestellt haben, nicht denkbar.
8. Auch wenn uns die Pandemie zu einer Neudefinition der Grundwerte des europäischen Projekts gezwungen hat, so hat sie uns doch auch gezeigt, wie schnell und effizient die Parlamente und Versammlungen mit Gesetzgebungsbefugnis reagieren können. Diese über 200 Millionen vertretenen EU-Bürgerinnen und -Bürger können auf diese Institutionen vertrauen, da unser höchstes Ziel lautet, unter allen Umständen für sie da zu sein.
9. In den Ausnahmejahren 2020 und 2021 war die interinstitutionelle Zusammenarbeit besonders entscheidend. Die CALRE hat sich im Schulterchluss mit dem Europäischen Ausschuss der Regionen um eine rasche und verlässliche Antwort der EU in Form einer ernsthaften Selbstverpflichtung auf Basis ebenjener Solidarität bemüht, die das gemeinsame Projekt der Europäischen Union unbestreitbar stärkt.



10. Die Konferenz (CALRE) musste ihr Arbeitsprogramm auf das neue Szenario der Pandemie abstimmen. Dies ging mit einer schnellstmöglichen Anpassung der einzelnen Arbeitsgruppen einher. Zur Unterstützung ihrer Arbeit vertreten wir die beiden folgenden Grundsätze: die Bedeutung der Kohäsionspolitik und die Einbeziehung der Regionen in die Entscheidungsprozesse der EU.
  
11. Wir betrachten die Kohäsionspolitik als wichtigstes europäisches Instrument zur Bekämpfung von territorialen Ungleichgewichten und Ungleichheiten in der Europäischen Union. Sie ist außerdem der Schlüssel zu wirtschaftlichem, sozialem und territorialem Zusammenhalt. Sie spielt eine maßgebliche Rolle bei der Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), indem sie einerseits zum Klimaschutz und zum digitalen Wandel in der EU beiträgt und andererseits die Überwindung der sozio-ökonomischen Auswirkungen der Pandemie unterstützt.
  
12. Als Mitglieder der CALRE ist uns bewusst, dass wir in diesem schwierigen Kontext weiter auf die Umsetzung der Agenda 2030 und der SDGs hinarbeiten müssen. So werden wir eine stärkere, engere, nachhaltigere, geschlossener und stabilere EU aufbauen.
  
13. Die Konferenz der Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnis der Europäischen Union bekräftigt heute ihre Unterstützung und Solidarität gegenüber der Bevölkerung der Insel La Palma angesichts der dramatischen Situation aufgrund des Vulkanausbruchs, der am 19. September 2021 seinen Anfang nahm. Diese Konferenz hält es für notwendig, dass alle Institutionen – einschließlich der europäischen Organe – auf die



Notlage reagieren und möglichst viele Vorschläge machen, um die Verluste auszugleichen und die Schäden auf der Insel zu beheben.

14. Wir als die Regionalparlamente und -versammlungen werden uns weiterhin an vorderster Front den Herausforderungen des Wiederaufbaus der EU stellen. Dieser Wiederaufbau soll aus den Regionen entspringen und eine Erholung innerhalb der gesamten Union ermöglichen. Das Rezept hierfür ist kein anderes als noch mehr Europa, gestützt auf den Grundsatz der Subsidiarität, sodass auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene optimale Lösungen für die Probleme von morgen gefunden werden können.